

DBfK Nordwest e.V. · Lister Kirchweg 45 · 30163 Hannover

An die Fraktionsspitzen der

- SPD
  - Bündnis 90/die Grünen
  - DIE LINKE
- in der Bremischen Bürgerschaft

**DBfK Nordwest e.V.**

Geschäftsstelle  
Lister Kirchweg 45  
30163 Hannover

Regionalvertretung Nord  
Am Hochkamp 14  
23611 Bad Schwartau

Regionalvertretung West  
Beethovenstraße 32  
45128 Essen

Zentral erreichbar  
T +49 511 696 844-0  
F +49 511 696 844-299

nordwest@dbfk.de  
www.dbfk.de

Hannover, 04.07.2019

Seite  
1 / 3

Sehr geehrte Damen und Herrn,

mit großem Interesse haben wir die Veröffentlichung des Koalitionsvertrages für das Land Bremen erwartet. Wir möchten zunächst unsere Zustimmung für die von Ihnen benannten zentralen Maßnahmen zur Deckung des künftigen Fachkräftebedarfes formulieren. Die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, Erhöhung der Attraktivität der Ausbildung inklusive der Akademisierung der Gesundheitsfachberufe, systematische Qualifizierung von Lehrkräften für die Gesundheitsfachberufe und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen sind notwendige Handlungsfelder, um die Pflege in die Zukunft zu führen. Wir vermissen an dieser Stelle die Hinweise auf konkrete Maßnahmen, wie das erreicht werden soll.

Ein sehr positives Signal ist es, dass Sie sich gut darauf verständigen konnten, dass die Erhöhung der Attraktivität der Ausbildung und eine höherer Grad Akademisierung der Gesundheitsfachberufe miteinander zu tun haben. Es ist richtig, vor diesem Hintergrund die Etablierung eines Gesundheitscampus in Bremen vorzusehen. Die von Ihnen vorgesehenen interdisziplinären Gesundheitszentren möchte wir gerne auch als potentiell Handlungsfeld professioneller Pflege verstanden wissen und sehen uns auch an dieser Stelle mit unserer Expertise als Berater für den politischen Prozess. Gleiches gilt für die von Ihnen angedachten innovativen

Gesundheitsprojekten, da diese den ambulanten und quartiersbezogenen Bereich betreffen – auch das sind Handlungsfelder, die vorwiegend durch Pflege begleitet werden.

Wir weisen darauf hin, dass Pflegefachpersonen in der Prävention und Beratung bereits über erhebliches Erfahrungswissen und durch angepasste Qualifizierungsmaßnahmen dieses auch wissenschaftlich begründet in verschiedene Weiterbildungsmaßnahmen überführt haben. Wir reklamieren eines unserer Handlungsfelder daher auch in der primären Gesundheitsfürsorge, z.B. an Schulen in einem Präventionsfachkräfteprojekt.

Wir begrüßen natürlich den Ansatz, den Lohnabstand zwischen Frauen und Männer schließen zu wollen und dafür auch die Branchen in den Blick zu nehmen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, zum Beispiel Pflegeberufe. Ihre Anstrengungen für einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag unterstützen wir mit Überzeugung. Gleiches gilt für die Pflege in der ambulanten Versorgung, der Sie höhere Pflegesätze in Aussicht gestellt haben.

Sie wollen sich für eine solidarische Bürgerversicherung einsetzen, um die zu erwartenden steigenden Kosten für eine bessere Personalausstattung in der Pflege nicht auf die Patientinnen und Pflegebedürftigen abzuwälzen - wir verstehen den Ansatz, sehen im Koalitionsvertrag aber im Moment noch keinen Hinweis darauf, Potentiale in den gegenwärtigen Systemstrukturen kritisch zu hinterfragen. Hierüber werden wir zeitnah das Gespräch mit Ihnen suchen.

Kritisch sehen wir, dass die Themen Soziales und Gesundheit weiter getrennten Ressorts zugeordnet werden. Zumindest für die Pflegeberufe entstehen so weiterhin Schnittstellen, die sowohl gedanklich als auch in der Kommunikation häufig Probleme bereiten. Mit der Reform des Pflegeberufegesetzes sind genau diese Grenzen aufgehoben worden - da ist es schwer nachzuvollziehen, warum die Pflege unterschiedliche Gesprächspartner in der Bremer Politik zugewiesen bekommt.

Mit Wohlwollen nehmen wir zur Kenntnis, dass geprüft werden soll, wie die Interessenvertretung der Pflegenden substantiell in Bremen und im Bund verankert werden könne. Wir wissen angesichts der beteiligten Koalitionäre, dass die Selbstverwaltung der Pflege in Bremen aus unterschiedlichen Blickwinkeln bewertet wird, interpretieren diesen Aspekt aber als Signal der Gesprächsbereitschaft der rot-grün-roten Koalition in dieser Frage.

Wir sind uns gewiss einig, dass es jetzt Zeit ist, zu handeln und nicht erst in weiter Zukunft. Die gesundheitliche Versorgung in Bremen steht und fällt mit der Investition in die Bremer Pflegenden. Dabei müssen wir bei unseren Überlegungen auch differenzieren, welche Maßnahmen zu einer sofortigen Verbesserung der Situation der Pflegenden geeignet sind und welche in einer mittelfristigen Perspektive notwendig sind, um die Zukunftsfähigkeit der pflegerischen Versorgung in Bremen sicherzustellen.

Darüber möchten wir gerne in den Dialog mit Ihnen treten und richten unmittelbar nach der Regierungsbildung auch entsprechende Gesprächsanfragen an Sie.

Mit freundlichen Grüßen

Heidrun Pundt  
Vorstand des  
DBfK Nordwest

Christopher Kesting  
Vorstand des  
DBfK Nordwest

Burkhardt Zieger  
Geschäftsführer des  
DBfK Nordwest